

Franz Seraph Lederer (1866–1939)

Priester und Sozialpolitiker

von

Michael Ammich

In Pfaffenberg nahe Mallersdorf im Niederbayerischen beginnt am 5. März 1866 der wechselvolle Lebenslauf eines Mannes, der von der Jahrhundertwende bis zum Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft zu den markanten Gestalten des politischen Katholizismus im Bistum Regensburg gehören soll: Franz Seraph Lederer. Zunächst schlägt der Sohn eines Pfaffenberger Sattlermeisters die übliche Laufbahn eines künftigen Seelsorgers ein. Nach der Gymnasialzeit in Metten und dem Theologiestudium in Regensburg empfängt Lederer im Mai 1891 die Priesterweihe durch seinen Diözesanbischof Ignatius von Senestrey. Es schließt sich eine dreijährige Amtszeit als Pfarrkooperator in Saal a. d. Donau an. Von Juli 1894 bis Juni 1895 versieht Lederer für je ein halbes Jahr in Sinzing bei Regensburg und in Speinshart den Dienst eines Pfarrprovisors. Nachrichten über sozialpolitische Neigungen in diesen Jahren fehlen. Das ändert sich, als Lederer im Juli 1895 von seinem Oberhirten Senestrey die Benefiziatenstelle in Erbdorf zugewiesen wird, einem Ort mit damals 1300 Einwohnern zwischen Kemnath und Windischeschenbach am Südrand des Steinwalds.

Lederer wird bald mit den Nöten der Arbeiterschaft in den Glasfabriken im Erbdorfer Grund konfrontiert. Da einerseits die Glasarbeiter durch ihren Beruf ortsgebunden sind und andererseits die Fabrikbesitzer miteinander in ständiger Absprache stehen, sind die Arbeiter den Unternehmern völlig ausgeliefert. So wird der bereits 1885 tariflich vereinbarte Mindestlohn unterlaufen, wird den Oberpfälzer Glasschleifern von allen deutschen Industriearbeitern mit 100–150 Stunden pro Woche die längste Arbeitszeit aufgebürdet und der niedrigste Lohn ausbezahlt. Natureinflüsse wie trockene Sommer und starker Frost bewirken, daß die Treibkraft der Glasschleifen und Polierwerke, das Wasser, ausbleibt und damit eine oft Wochen dauernde Verdienstlosigkeit der Arbeiter eintritt. Ihr jährliches Durchschnittseinkommen liegt meist unter 500 Mark. Zwar bekommen die Arbeiter häufig mietfreie Wohnungen von den Unternehmern gestellt, die jedoch für die meist großen Familien viel zu klein und hygienisch völlig unzumutbar sind. Da die Frauen neben ihrer Hausarbeit oft noch das Nachschleifen der Gläser mit Schmirgel und Wasser übernehmen, sind die Wohnräume feucht und schimmelig. Nicht besser ist es um die Arbeitsplätze in den Glaswerken bestellt. In den Schleifereien ist der Boden überall feucht, da das Schleifen mit Hilfe von Wasser und Sand geschieht. Die vom ständigen Spritzwasser durchnässten Schleifer sind bei defekten Türen und Fenstern in den meist unbeheizten Räumen der Kälte ausgesetzt. In den Polierräumen fehlt jede Belüftung, um das Eindringen von Straßenstaub zu verhindern, so daß die Luft von dem als Poliermittel dienenden feinen roten Eisenoxidstaub verunreinigt ist, zusätzlich getrübt vom Qualm der Petroleum-

lampen. Rheumatische Erkrankungen, Lungenentzündungen und durch den Eisenstaub verursachte „Eisenlungen“ sind die Folge.

Unter diesen Umständen kann die im Sommer 1899 von Fürth ausgehende sozialdemokratische Agitation in den oberpfälzischen Schleif- und Polierwerken auf fruchtbaren Boden fallen. Um dem zuvorzukommen, organisiert Lederer im August 1899 die Glasarbeiter in einem „Verband der Glasarbeiter in den Schleif- und Polierwerken im Erbendorfer Grund“ mit zunächst 43 Mitgliedern. Lederer selbst übernimmt die Stelle des Verbandssekretärs. Innerhalb kurzer Zeit dehnt sich der Verband auf weitere Orte der Oberpfalz aus, so daß ihn Lederer bereits im Oktober 1899 umbenennt in „Verband der Glasarbeiter in den Schleif- und Polierwerken der Oberpfalz“ mit Sitz in Erbendorf. 1900 zählt der Verband 180 und 1902 sogar 430 Mitglieder, die sich auf 45 Fabriken verteilen. Schwierigkeiten erwachsen dem Verband aus der ablehnenden Haltung eines großen Teils des Diözesanklerus sowie aus der vehement einsetzenden sozialdemokratischen Gegenagitation. Selbst manche katholischen Arbeitervereine, die im Verband einen unliebsamen Konkurrenten sehen, versuchen seine Ausbreitung zu behindern. So kann zwar der Stand von 450 Mitgliedern bis 1904 gehalten werden, als der Verband mit dem „Christlichen Keramarbeiterverband“ mit Sitz in München verschmilzt; indes überrunden die freien Gewerkschaften mit 1400 Mitgliedern ihres Keramarbeiterverbandes die christliche Organisation.

Als die Glaswerksbesitzer im Erbendorfer Grund Anfang 1900 beschließen, die Löhne der Arbeiter wegen angeblich schlechter Konjunktur um 10 % zu reduzieren, müssen Lederer und sein Glasarbeiterverband die erste Bewährungsprobe bestehen. In einem privaten Brief an einen Obmann des Verbands tritt Lederer für den Kampf um die alten Tarife ein, der Verband werde „den Herren Werksbesitzern die Hölle schon noch heißmachen“. Dieser Brief gelangt in die Hände der Fabrikanten, die nun ihrerseits Lederer bei Bischof Senestrey denunzieren: „Dieser Herr entwickelt insbesondere in letzter Zeit eine ungemein lebhaft schriftliche Tätigkeit im Sinne der Lohnerhöhung der Arbeiter in den Glas-, Schleif- und Polierwerken der Oberpfalz, was ja an und für sich sehr lobenswert wäre, wenn er sich nicht in Verkennung der richtigen Sachlage hinreißen ließe, seinen Einfluß in einer Weise auszudehnen, die seinen Bemüßigungen nicht nur den christlich-sozialen Sinn völlig nimmt, sondern auch dazu angetan ist, Hetzereien ernsthaftester Art ins Leben zu rufen und sozialdemokratische Gesinnungen in höchster Vollendung zu schaffen“. Aber auch an positiven Zuschriften zum Wirken Lederers fehlt es nicht. Im Juni 1900 schreibt der Zentrumsabgeordnete Dr. Georg Heim an Generalvikar Dr. Leitner: „Ich höre, daß Fürther, besonders jüdische Glaswerksbesitzer gegen Herr Benefiziat Lederer in Erbendorf sich beschweren wollen, weil Lederer sich der Schleifer annimmt. Ich bitte nur soviel von mir Kenntnis zu nehmen, daß Lederers Tätigkeit gerade auf diesem Gebiete überaus segensreich ist, ohne in der Öffentlichkeit viel Lärm zu machen. Er geht sehr geschickt dabei vor und kein Mensch hat bis jetzt noch seine Tätigkeit gerügt, als die Fabrikanten, welche vielfach wahre Blutsauger sind. Es sind diejenigen Arbeiter, die am schlechtesten bezahlt werden, und die Herren sollten froh sein, daß Lederer auf friedlichem Wege die Sache macht“. In der Tat kann der Verband ohne Streik das Beibehalten der alten Lohnsätze durchsetzen. Auch sein Vorgehen gegen Willkürakte der Fabrikanten sowie die unzumutbaren Gesundheits- und Wohnungsverhältnisse bleibt nicht ohne Erfolg; die Rechtsprechung verschiebt sich zusehends von einseitiger Begünstigung der Arbeitgeber auf eine sozial ausgeglichene Linie.

Dennoch fordert das bischöfliche Ordinariat Lederer zur Stellungnahme auf. Er kann sich jedoch durch seine Behauptung, er habe durch sein Eintreten für höhere

Löhne nur einen drohenden Ausstand der Arbeiter verhindern wollen, geschickt aus der Affaire ziehen. So beläßt es der Generalvikar bei einer Rüge, weil Lederer die Übernahme der Stelle eines Verbandssekretärs vom Ordinariat habe nicht genehmigen lassen, und mahnt ihn zu Klugheit und Mäßigung im Auftreten. Weiter: „Aufgrund des nunmehr erfolgten Berichtes wollen wir dem Gen. Benefizium-Propositor die Fortsetzung seiner bisherigen Wirksamkeit im Interesse des genannten Verbandes nicht untersagen; Wir anerkennen vielmehr den in dieser Richtung entwickelten Eifer, und wünschen, daß derselbe unter Gottes Segen reichliche Erfolge zum Besten der in gedrückter Lage befindlichen Arbeiterbevölkerung erzielen, und dadurch aufs Neue den wohltätigen Einfluß Unserer heiligen Kirche auch auf die Gestaltung der sozialen Verhältnisse bewahrheiten möge“. Gleichwohl muß Lederer immer wieder Verleumdungen von seiten Erbdorfer Bürger wie Tadel durch seinen vorgesetzten Pfarrherrn hinnehmen. Trotz aller Anfeindungen läßt er sich nicht von seinen sozialpolitischen Bestrebungen abbringen.

Das Jahr 1905 bringt für Lederer und den Glasarbeiterverband weitere Auseinandersetzungen mit den Glasfabrikanten. Obwohl der Preis des Spiegelglases um 10 % ansteigt und es nicht an Aufträgen für die Spiegelglasindustrie fehlt, ja sogar Tag- und Nachtschichten nötig sind, um die Aufträge erledigen zu können, werden die seit 1885 geltenden Lohnsätze von den Fabrikanten nicht eingehalten. Im Februar 1905 wird der Glasarbeiterverband aktiv. Bezirksleiter Adam Salomon fordert in einem offenen Brief an die Schleif- und Polierwerksbesitzer der Oberpfalz eine maßvolle Lohnerhöhung, geregelte Arbeitsordnungen und Lohnzahlungen für die Arbeiter. Als die Glaswerksbesitzer nicht antworten, beruft Lederer für den 19. März eine öffentliche Glasarbeiterversammlung nach Erbdorf ein, in deren stürmischen Verlauf der Ruf nach Streik immer lauter wird. Die Fabrikanten reagieren mit der Drohung, daß in Böhmen ein neuer Schleifapparat erfunden worden sei, der 80–90 % aller Schleifer einspare. Da Lederer nicht an einem Streik gelegen ist, sucht er nach Möglichkeiten einer gütlichen Einigung. Schon am 20. März spricht er in Regensburg mit verschiedenen Gewerkschaftsführern und Generalvikar Dr. Leitner. Man kommt überein, die Vermittlung durch den Vorsitzenden des Bayerischen Ministerrats, Klemens Graf von Podewils-Dürnitz, anzurufen. Am 21. März trifft sich Lederer mit dem Abgeordneten Dr. Heim, der ihm zusagt, sein Anliegen bei Graf Podewils zu unterstützen. Lederer weiß um die Auswirkungen eines Streiks, der die Arbeiter auf nicht absehbare Zeit um ihren Verdienst und vielfach um ihre Wohnungen brächte. Da die Wohnungen häufig den Fabrikanten gehören, würden diese die Arbeiter bei einer Arbeitsniederlegung zum sofortigen Verlassen der Wohnungen auffordern, was besonders die kinderreichen Familien schwer träfe. In dieser Situation setzt Lederer in einem Brief an die Regierung der Oberpfalz fest auf eine staatliche Vermittlung: „Glücken aber die Bemühungen, dann werden wir Sorge tragen, zu konstatieren: der Staat ist kein Klassenstaat. Für alle sorgt er. Hier war sein Eintreten für die Armen und Unterdrückten eklatant. Der glückliche Abschluß unserer Differenzen wird zum Sieg unserer Gesellschaftsordnung, zum Triumph der von Umsturz bekämpften Staatsautorität . . . Bereits steht die Sozialdemokratie seitwärts, um im Trüben zu fischen“. Tatsächlich sendet von Podewils den kgl. Fabrikinspektor von Schuberth nach Erbdorf, um mit Lederer, der „Seele der ganzen Bewegung“, zu verhandeln. Schuberth erreicht, daß sich die Unternehmer bereit erklären, am 30. März in Weiden mit den Arbeitervertretern zu sprechen. Als am Ende der Verhandlungen Lohnerhöhungen vereinbart werden, kann ein Streik der Glasarbeiter zunächst abgewendet werden. Doch Lederer zieht durch sein vehementes und oftmals recht

temperamentvolles Eintreten für die Rechte der Arbeiter das Mißtrauen der staatlichen Stellen auf sich. Im April 1905 bittet das Bayerische Staatsministerium des Kgl. Hauses das Regierungspräsidium der Oberpfalz „auf den Benefiziaten ein wachsames Auge zu haben“ und bei weiteren Vorfällen und Klagen Bericht zu erstatten.

Anfang Mai 1905 kommt es erneut zu Unruhen unter den Glasarbeitern der Oberpfalz, da sie die am 30. März errungene Lohnerhöhung als unbefriedigend empfinden und sich zudem gegen die willkürliche und rohe Behandlung durch die vorgesetzten Meister wehren. Trotz aller Bemühungen kann Lederer diesmal den Ausstand nicht verhindern. Am 9. Mai legen 300 Arbeiter in den Schleif- und Polierwerken um Pleystein die Arbeit nieder. Der Pleystainer Stadtpfarrer Reiter berichtet an die Regierung der Oberpfalz, daß „er das Verhalten des Lederer, durch welches die Arbeiter in einen aussichtslosen Streik getrieben würden, nicht begreifen könnte, daß derselbe aber für jede Beeinflussung unzugänglich sei“. Ein Fürther Glasfabrikant bezeichnet die Reden Lederers auf Arbeiterversammlungen gar als „sozialdemokratische, gehalten von einem katholischen Geistlichen“. Immer noch sind das Mißtrauen in weiten Kreisen des Klerus gegen eine selbständige katholische Arbeiterbewegung und die Angst vor sozialdemokratischen Umsturzbestrebungen größer als die Solidarität mit dem ausgebeuteten und verarmten Arbeiterstand. Dennoch kommt es am 16. Mai 1905 zum Ausgleich zwischen den Glasarbeitern und ihren Arbeitgebern mit geringen Verbesserungen der Vereinbarung vom 30. März. Fünf Tage später ist die Lohn- und Streikbewegung beendet.

Die letzten drei Jahre seiner Amtszeit in Erbdorf widmet Lederer mehr kommunalen Angelegenheiten. Im Jahr 1907 steht er im Mittelpunkt des immer wieder Schlagzeilen füllenden „Erbdorfer Bahnhofstreits“.

Das Städtchen Erbdorf ist so an die Abhänge des Kaiserbergs gebaut, daß seine Einwohner eine beträchtliche steile Anhöhe überwinden müssen, wenn sie nach dem nördlichen Stadtteil gelangen wollen und umgekehrt. Als das Agitationskomitee für die Erbauung einer Lokalbahn, dessen Vorsitzender Lederer ist, die Genehmigung zum Bau der Strecke Reuth-Erbdorf mit der Endstation Erbdorf erreicht, entstehen bald Meinungsverschiedenheiten über die Wahl des Standorts für den Bahnhof. Die Bewohner des Sütteils der Stadt, zu denen die meisten Industriellen mit dem höchsten Steueraufkommen gehören, fordern den Südostfuß des Kaiserbergs als Standort des künftigen Bahnhofs, während die Bewohner des nördlichen Stadtteils, hauptsächlich Einkommensschwächere, die Verlegung des Bahnhofs auf die Nordseite der Gemeinde verlangen. Die Staatsbahnverwaltung stellt sich schließlich auf die Seite der Letztgenannten und verlegt die Bahnstation auf die Nordseite der Stadt, wo sie nicht nur vom südlichen Stadtteil, sondern auch von den Gemeinden des Hinterlandes aus leichter und bequemer erreicht werden kann. Um den Bewohnern des südlichen Stadtteils entgegenzukommen, wird ihnen die Anlage einer Güterverladestation auf der Südseite der Stadt zugestanden.

In diese Streitigkeiten fällt nun die Ergänzungswahl für die Gemeindegremien. Die Frage, ob Nord- oder Südbahnhof, wird zur Wahlparole, und die Bürgerschaft spaltet sich in zwei Teile, je nach ihrer Stellung zur Bahnhofsangelegenheit. Das Ergebnis der Wahl: Neun Angehörigen der Südpartei im Kollegium der Gemeindebevollmächtigten steht eine gleiche Anzahl der Nordpartei gegenüber. Bei dieser Pattsituation erweist es sich als unmöglich, das Magistratskollegium zu ergänzen und für den verstorbenen Bürgermeister einen Nachfolger zu wählen. „Die Verhältnisse haben sich dermaßen zugespitzt“, berichtet die Regierung der Oberpfalz an das bischöfliche Ordinariat, „daß die Bürger aneinander vorübergehen, sich überall meiden und daß das ganze

öffentliche Leben stille steht. Zu dieser Verschärfung der Gegensätze wäre es nicht gekommen, wenn sich nicht der Benefiziat Lederer an die Spitze der Nordpartei gestellt hätte . . .“ Die Regierung bittet das Ordinariat, den streitbaren Benefiziaten in seinem politischen Engagement zu bremsen, da sie ihn für den Motor verschiedener subversiver Aktionen der Gemeindebevollmächtigten aus der Nordpartei hält. Doch Lederer rechtfertigt sich gegenüber dem Ordinariat, er habe auf Ersuchen des Kemnather Bezirksamtsvorstands als Vermittler in die Angelegenheit eingegriffen.

Im Januar 1910 wird Lederer von Bischof Henle, der seit 1906 die Diözese Regensburg leitet, nach Lupburg versetzt. Alle Versuche Lederers, seinen Oberhirten zu bewegen, ihn doch in Erbdorf zu belassen, schlagen fehl. Denn schon seit geraumer Zeit steht Henle, den christlichen Gewerkschaftsbestrebungen zudem abgeneigt, dem politischen Eifer Lederers mißtrauisch gegenüber. Die Gemeinde Erbdorf jedoch verleiht ihm 1926 wegen seiner Verdienste „um das öffentliche Leben in Erbdorf, besonders beim Bahnbau 1906–1909“ die Ehrenbürgerwürde.

Mit dem Antritt der Pfarrherrnstelle in Lupburg beginnt eine neue Phase im politischen Wirken Lederers. Hier in dem stillen Ort auf einem Höhenrücken des Fränkischen Jura, ganz im Sinne des Bischofs abseits der politischen Brennpunkte der Oberpfalz, wendet sich Lederer der Reichs- und später der Landespolitik zu. 1913 gelingt es ihm, als Nachrücker für den verstorbenen Geistlichen Rat Kohl aus Eichstätt ein Abgeordnetenmandat der Zentrumsparlei im Reichstag zu erlangen, das er bis 1918 innehat. Da sein Wirken als Reichstagsabgeordneter in die Zeit des Ersten Weltkriegs fällt, stehen weniger sozialpolitische Bestrebungen im Vorgergrund, sondern mehr die Auseinandersetzung mit den Erscheinungen eines Kriegs, der dem Volk die denkbar schwersten Opfer abverlangt. Doch wie der Großteil des Klerus im Deutschen Reich ist auch Lederer von einem unbeugsamen Patriotismus beseelt, bereit, für das Reich und den Gewinn des Kriegs immer wieder neue Entbehrungen auf sich zu nehmen. Als die Metallknappheit 1917 verlangt, den Großteil der Kirchenglocken abzuliefern und einzuschmelzen, erklärt sich Lederer in einer großen Rede vor dem Reichstag bereit, auch dieses Opfer zu bringen, „wenn die Not des Vaterlandes es erfordert“. Doch meint Lederer, der Zeitpunkt dafür sei noch nicht gekommen, da in der Industrie und verschiedenen öffentlichen Einrichtungen noch erhebliche Metallreserven vorhanden wären. „Es hat bis jetzt so recht den Anschein, als ob die Glocken ein recht schöner Weg der Bequemlichkeit für die Heeresverwaltung seien: ein sicheres, sofort greifbares Material, – ein schönes, hochedles Metall –, gleich auf einen Griff eine große Menge Metall, ohne daß man weiter herumzuforschen braucht. Ferner hat man nur mit Behörden, Anstalten, Kirchenverwaltungen zu tun, die parieren alle recht schön, das sind folgsame Kinder, sie können nichts verbergen und vor allem, was auch sehr wichtig ist, sie können nicht so schwindeln, wie es verschiedene andere Ablieferer getan haben. Und noch etwas kommt hinzu: man braucht hier keinen Ersatz zu liefern, wenigstens vorläufig.“ Durch die Einführung des Begriffs „Kunstglocken“ kann Lederer schließlich hunderte von Glocken vor dem Einschmelzen retten.

Gleichfalls im Kriegsjahr 1917 verteidigt Lederer die deutsche Landwirtschaft im Reichstag gegen Vorwürfe, sie würde in der allgemeinen Not zu wenig für Opfer herangezogen werden. Nicht die Landwirtschaft sei schuld an der schlechten Ernährungslage, sondern unausgereifte Regierungsverordnungen, Desorganisation, Mangel an Arbeitskräften und Preistreiberei. „ . . . der zähe Kampf, den der Landwirt mit seiner Erdscholle jetzt kämpft, um den Feind besiegen zu helfen – was sage ich, der Landwirt, nicht der kräftige Landwirt von vordem, sondern der schwächliche,

krankte, alte, die Frauen, jung und alt, die Kinder-, dieser stille, zähe Kampf steht nicht im Gegensatz zu dem Kampfe unserer Soldaten in der Erdscholle des Schützengrabens. Es ist das nämliche Heldentum, von dem man auch mit Ehrfurcht, Stolz und Dankbarkeit reden kann und darf.“

Als Anerkennung für seine sozial-karitative Tätigkeit während des Kriegs – Lederer setzt sich u. a. für die Verschickung von Großstadtkindern auf das Land ein – werden ihm das König-Ludwig-Kreuz und das Preußische Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

Das Chaos und die politischen Wirren der Nachkriegs- und Revolutionszeit unterbrechen die öffentliche Tätigkeit Lederers für zwei Jahre. Doch bereits 1920 zieht der Pfarrer aus Lupburg als Abgeordneter der 1918 in Regensburg gegründeten Bayerischen Volkspartei in den Bayerischen Landtag ein. Zunächst billigt Bischof Henle die Abgeordneten-tätigkeit Lederers. Als er aber 1924 zum zweiten Mal kandidieren will, untersagt der Bischof das Ansinnen, da es unvereinbar mit den Aufgaben und Pflichten eines Seelsorgers sei. In einem Brief an seinen Oberhirten glaubt Lederer das Gegenteil belegen zu können. Seine Beziehungen zu staatlichen Stellen hätten der Pfarrei Lupburg stets Nutzen gebracht, selbst die Defizite der Kirchenverwaltung habe er durch seine übrigen Landtagsdiäten gedeckt. „Mein Abgeordnetenmandat war also kein Schaden, sondern ein Nutzen für meine Pfarrei. Mein Einfluß hat dadurch gewonnen, pastoral, caritativ, sozial und finanziell, so daß es begreiflich erscheint, wenn die Lupburger ihren Abgeordneten nicht verlieren wollen . . . Warum soll ich meine Geeignetheit und soziale Kraft für die Öffentlichkeit bei meiner Liebe zur Sache unbeschadet meines Berufes nicht ausnützen dürfen?“ Auf die nachdrückliche Intervention der BVP-Bezirksvorsitzenden von Parsberg und Burglengenfeld läßt sich Henle schließlich zur Duldung einer Kandidatur Lederers bewegen, nicht zuletzt, weil sonst an dessen Stelle vielleicht ein Kandidat der Sozialdemokraten oder des Bayerischen Bauernbunds das Mandat erlangen könnte. Aus Parsberg heißt es nämlich: „In unserem Bezirke hängt das Volk noch an seinem Geistlichen und dies umso mehr, wenn die soziale und wirtschaftliche Betätigung eines solchen ihm gleichsam Herz und Sinn gewonnen hat“.

Wie schon im Reichstag, so läßt es sich Lederer auch im Bayerischen Landtag angelegen sein, für die Verbesserung der Infrastruktur in den ländlichen Gebieten einzutreten. Er fordert den Ausbau der Elektrizitätsversorgung und der Straßen auf dem Land sowie eine gerechtere Besteuerung der landwirtschaftlichen Betriebe. Wie sehr sein Herz aber immer noch den Sorgen und Problemen der Arbeiterschaft gehört, das zeigt eine Rede vor dem Landtag im Dezember 1927 über die Verhältnisse in der Großeisenindustrie, besonders in der Maxhütte: „Wenn man da sieht, wie die Arbeiter dort vor den höchsten Hitzegraden stehen, schweißtriefend, sich oft wieder mit kaltem Wasser abwischen müssen, um aushalten zu können, wie ein Arbeiter, wenn die Eisenbänder gewalzt werden, die Bänder um sich herumwerfen muß, diese wohl glühenden Eisenbänder bei der Walze herausziehen muß, um sich herumschleudert, um sie auf der anderen Seite der Walze wieder einzuschieben, da schließt man unwillkürlich die Augen vor einer so lebensgefährlichen Arbeit . . .“ Für solche Arbeiten sei selbst ein Achtstundentag noch zuviel, angemessen wären höchstens sechs Arbeitsstunden. Natürlich verkennt Lederer nicht die damals schwierige Lage der deutschen Eisenindustrie, aber er fragt: „Ist es denn bei den Arbeitnehmern besser, haben diese günstigere Zeiten . . .?“ Angesichts der hohen Überschüsse, die die Maxhütte in den letzten Jahren erwirtschaftet habe und angesichts der langen Arbeitszeiten im Werk fordert Lederer die Bereitstellung von Arbeitsplätzen als soziales Opfer für die unzäh-

ligen Erwerbslosen. Im Gegensatz zur Maschine sei die Lebensdauer und Gesundheit des Menschen nicht in die kaufmännischen Kalkulationen eingesetzt. „Das sind die sozial widerlichen Verhältnisse, die noch herrschen und die bei so vielen Industrien nicht in Betracht gezogen werden und nicht verstanden werden wollen . . . Das ist das Grundübel bei der ganzen sozialen Einstellung und dem ganzen sozialen Elend.“

Noch eine dritte Legislaturperiode gehört Lederer dem Landtag an, bis er sich 1932 aus der aktiven Politik zurückzieht. Dennoch muß er noch die in diesem Ausmaß nie gekannte Unmenschlichkeit kommender Zeiten am eigenen Leib verspüren. 1933 schreibt der Dekan von Hemau an das bischöfliche Ordinariat in Regensburg: „Die ehemalige eifrige Tätigkeit in der Volkspartei hat Herrn Pfarrer Lederer Ende Juni und Anfang Juli eine ‚Schutzhaft‘ eingetragen, die er aber wegen angegriffener Gesundheit im Krankenhaus zu Parsberg zubringen konnte“. Von November 1934 bis zu seinem Tod am 21. Juni 1939 wohnt Lederer als Kommorant in Regensburg-Prüfening in der Siedlung der Liga, deren Aufsichtsratsvorsitzender er zeitweise war.

Das Wirken Franz Seraph Lederers bietet ein anschauliches Beispiel für die kirchlichen Spannungen im Bistum Regensburg im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Wie viele der deutschen Oberhirten dieser Zeit haben auch Ignatius von Senestrey und Antonius von Henle die Bedeutung der sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen sowie die Tragweite des Entstehens einer neuen gesellschaftlichen Großschicht, der des Industriearbeiters, nicht erkannt. Die Sorge um die Selbsterhaltung hinderte die Kirche an der rechtzeitigen Trennung von überholten Vorstellungen und Strukturen und duldete eine eigenständige christliche Arbeiterbewegung höchstens als Bollwerk gegen die schnell anwachsende Sozialdemokratie.

Um so dankbarer dürfen wir daher Männern wie Franz Seraph Lederer sein, daß es ihnen durch ihren selbstlosen Einsatz für die Rechtlosen und Unterdrückten immer wieder gelang, Katholiken aus allen Ständen in ihrer Bindung an die Kirche zu halten.

QUELLEN:

Bischöfliches Zentralarchiv Regensburg: Personalakt Franz Seraph Lederer (geb. 1866). – Staatsarchiv Amberg: Reg. Abg. 1949 Nr. 5451, 5485, 13754, 13922; BA Kemnath Nr. 1067. – Schematismus der Geistlichkeit des Bistums Regensburg für die Jahre 1939 und 1940. – Verhandlungen des Reichstags, Band 310. Stenographische Berichte Mai/Oktober 1917, Berlin 1917, 3124–3128, 3229–3235. – Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte, München 1924–1930: 1924/1925, II, 139–141, 585 f.; 1925/1926, V, 408–411; 1927/1928, VIII, 515 f.; 1929/1930, IV, 446–449. – Bayerisches Statistisches Landesamt, Historisches Gemeindeverzeichnis. Die Einwohnerzahlen der Gemeinden Bayerns in der Zeit von 1840 bis 1952, München 1954 (Heft 192 der Beiträge zur Statistik Bayerns).

LITERATUR:

Der Keramarbeiter 1 (1905) Nr. 7. – M. Gasteiger, Die christliche Arbeiterbewegung in Süddeutschland, München 1908, 332–335. – A. Natterer, Der bayerische Klerus in der Zeit dreier Revolutionen: 1918–1933–1945: 25 Jahre Klerusverband 1920–1945, München 1946, 146. – H. D. Denk, Die christliche Arbeiterbewegung in Bayern bis zum Ersten Weltkrieg, Mainz 1980 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte: Reihe B, Forschungen; Bd. 29), bes. 260–262, 311 f. – F. Prinz: Kirche und Arbeiterschaft. Gestern – heute – morgen, München 1974. – M. Spindler (Hg.): Bayerische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Teilbände I/II, München 1978.